

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag: Selzer, Buchverlag, Düsseldorf, Horststr. 7, Tel. 127-92. Druck und Versand: Joh. van Nieuwen, Krefeld, Duff. Str. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 48

Düsseldorf, den 3. Dezember 1932

Verbandort Krefeld

Kanzler wider das Volk

M. Früher als vielleicht Herr von Papen selbst glaubte, hat seine „autoritäre Führung“ ein Ende gefunden. Ueberraschend schnell selbst für gutinformierte Politiker ist der Rücktritt der Reichsregierung Tatsache geworden und Herr von Papen — ebenso schnell wie er daraus aufsprang — wieder in der Versenkung verschwunden. Für zunächst wenigstens. — So schnell, daß er offenbar sogar darüber vergaß, nach seiner üblichen Gepflogenheit noch „letzte Worte“ an das Volk zu richten, das er mit seiner Kanzlerschaft 6 Monate lang beglückte. Allerdings mit einem zweifelhaften Glück. Mußte dem Kanzler von Papen bereits bei Antritt seiner Kanzlerschaft gesagt werden, daß ihn das Volk nicht gerufen und gewollt habe, und daß seine Regierung eine Regierung wider das Volk sei, so bestätigte seine Regierungspraxis darüber hinausgehend schon bald die Erkenntnis, daß dieser Kanzler auch gar nicht den Willen habe, mit dem Volk und nach der Meinung dieses Volkes zu regieren; womit ihm ein guter Wille an sich keineswegs abgesprochen zu werden braucht. Aber es lag wohl im Wesen dieses Kanzlers selbst begründet, daß er jene Kühlung mit dem Volke nicht fand, die als notwendiger Kontakt bestehen muß, wenn eine Regierung für ihre Maßnahmen — noch dazu, wenn sie von so einschneidender Art sind, als wie die der Regierung von Papen — eine tragfähige Basis und Fundierung im Volke selbst finden will. Freilich müssen dann auch die Maßnahmen einer solchen Regierung entsprechend sein.

Beides war in der Kanzlerschaft und Regierungstätigkeit des Herrn von Papen nicht der Fall. In der Person Herrn von Papens selbst waren zunächst die Voraussetzungen dafür nicht gegeben. Weder in den Eigenschaften, die er besaß, noch in jenen, die er nicht besaß. — Die von ihm beschuldete Verfassung und damit des Gesamtwohles des Volkes gerichtet ist. Wir suchen darum auch in seinen gegenwärtigen Maßnahmen das Positive zu erkennen und so diese Maßnahmen selbst nach dem Positiven hin zu beurteilen. So betrachtet aber ergibt sich für uns als letzter Sinn der Maßnahmen des Reichspräsidenten der Versuch, entscheidend die Frage zu klären, ob unter der gegenwärtigen gesamtpolitischen Lage die vom Volke und nicht zuletzt von den Parteien immerwieder geforderte Parlamentsmehrheit möglich ist oder aber, wenn diese Frage verneint werden muß, für die Führung des Volkes ein Präsidialkabinett das Gegebene bleibt. Daß Herr von Hindenburg bei dieser Frage nach einer möglichen Parlamentsmehrheit ohne Vorbehalte vorgehen konnte, ist klar. Das liegt auch im Sinne jener regierungsbereiten Parteien bzw. ihrer Ausführungen selbst, mit denen immer wieder darauf hingewiesen worden ist, daß von einem Zurückgehen auf einen überholten und hoffentlich auch politisch überwundenen Ueberparlamentarismus nicht die Rede sein kann. Ebensovienig konnte aber der Reichspräsident naturgemäß dem Verlangen Hitlers entsprechen, dem Führer der Nationalsozialisten vorbehaltlos seine präsidialen Rechte und Machtbefugnisse auszuliefern. Das wäre nach dem bisherigen Verhalten und Forderungen der NSDAP. gleichbedeutend mit der Preisgabe der Staatsmacht an den Nationalsozialismus überhaupt gewesen; ein Experiment, das Hindenburg unter keinen Umständen unternehmen konnte.

Die ausschlaggebende Frage, die nicht zuletzt auch für das weitere Verhalten Herrn von Hindenburgs maßgebend sein wird, ist: Werden jene Parteien, die sich in

einseitige Orientierung und Abhängigkeit von der übrig gebliebenen Gruppe Herrn Hugenburgs und jener kleinen Clique der Großagrarien und Großindustriellen — jener Gäste des Berliner Herrenklubs —, die schließlich sein politisches Handeln bestimmten, so daß von wirklicher Autorität recht wenig übrig blieb. Je weiter aber Herr von Papen auf jener Woge, die ihn zu seinem Kanzlerposten hochtrug, sich vom Volke selbst entfernte, umso unhaltbarer mußte seine Stellung werden. Auch seine Berufung auf eine höhere Mission, der er aus der ihm wesensgleichem Selbsteinschätzung und Beurteilung seines Regierungswerkes zu dienen glaubte und die starke aber damit doch nicht überzeugender werdende Betonung von der Christlichkeit seines Willens und Handelns konnten diese Vereinsamung und Isolierung vom Volke selbst nicht verhindern. Im Gegenteil. Eben die breiten Massen des unteren Volkes, die so schwer unter den sozialen Ungerechtigkeiten seiner Politik leiden mußten, sahen darin umso

Mehrheitsregierung oder Präsidialkabinett?

Die Forderungen der Arbeiterschaft zur Regierungsbildung.

Es ist nicht zum ersten Male, daß Herr von Hindenburg durch sein politisches Vorgehen und Verhalten seinen Anhängern ebenso wie den gegen ihn stehenden Parteigruppen ein politisches Rätsel aufgibt. Wiederholt haben seine politischen Maßnahmen in der Vergangenheit solche Rätsel gebracht und Zweifel auch bei denen gefunden, die von seinem ehrlichen Willen und der Gradlinigkeit seines Handelns überzeugt sind. Nicht zuletzt die deutsche Arbeiterschaft war es, der in den letzten Monaten wiederholt Zweifel an dieser Gradlinigkeit des Willens und Handelns Herrn von Hindenburgs kommen mußten. Bedeutete doch für sie die Umbiegung des Ergebnisses der letzten Reichspräsidentenwahl durch die Bestellung und noch mehr durch das Handeln der Regierung von Papen eine außerordentlich schwere Belastung im politischen Sinne ebenso wie in sozialer Hinsicht. Wir brauchen im einzelnen auf jene Belastung insbesondere in sozialer Hinsicht hier nicht einzugehen, sondern nur an die gesamtsozialen Auswirkungen der Papenpolitik zu erinnern.

Ein politisches Rätsel scheint auch das gegenwärtige Handeln des Reichspräsidenten für breite Massen des Volkes. Die Frage: „Was will Herr von Hindenburg?“ ist umso mehr berechtigt, als von diesen seinen unternommenen bzw. noch geplanten Maßnahmen nicht nur der Kurs der Regierungspolitik für eine vorübergehende Etappe abhängt, sondern offenbar die gesamte zukünftige politische Entwicklung weit über die Etappe einer Zwischenregierung hinaus bestimmt werden soll.

Wir haben auch heute noch das Vertrauen zu Herrn von Hindenburg, daß er sich dem Willen des Volkes orientiert ist, auch dann, wenn die Parteien aus politischer Unzulänglichkeit heraus nicht in der Lage sind, diesem Volkswillen Ausdruck zu geben.

Die ausschlaggebende Frage, die nicht zuletzt auch für das weitere Verhalten Herrn von Hindenburgs maßgebend sein wird, ist: Werden jene Parteien, die sich in

den letzten Monaten selbst immer als zu einer Aufbau- oder Mehrheitskoalition bereit herausgestellt haben, jetzt auch wirklich in der Lage sein, ihre Behauptung unter Beweis zu stellen, daß die Bildung der von ihnen erstrebten Parlamentsmehrheit nicht an ihnen, sondern an der zurückgetretenen Reichsregierung bezw. an Herrn von Papen gescheitert sei. Wenn ja, dann ist der Weg zum Mehrheitskabinett frei. Wenn nein, dann bleibt als einzig gegebene Möglichkeit auch für den Reichspräsidenten nur die Bildung eines neuen Präsidialkabinetts. Man kann im Interesse eines gesunden Parlamentarismus nur wünschen, daß die erste Möglichkeit gegeben wird. Auf die Parteien selbst kommt es also nicht zu leicht jetzt an.

Nach den bis zur Stunde bekannt gewordenen Mitteilungen über die bisherigen Verhandlungen muß man freilich befürchten, daß ihr Ergebnis ein negatives sein wird. Das Eingeständnis Hitlers, daß ihm „eine rein parlamentarische Lösung der Regierungskrise unmöglich“ sei, bestätigt diese Befürchtung. Dennoch darf darum aber das Bemühen um die Schaffung einer parlamentarischen Mehrheitsgrundlage für die künftige Regierungsführung nicht beendet sein. Bei den Parteien liegt jetzt eine doppelte Verantwortung und Pflicht, unter Zurücksetzung ihrer Parteinteressen alles einzusetzen, um eine rasche und glückliche Lösung der Regierungskrise zu finden.

Gleichgültig aber, wie die Lösung dieser heiklen Frage lauten mag — Mehrheitsregierung oder Präsidialkabinett — beide Wege der künftigen politischen Entwicklung müssen dem Willen des Volkes orientiert sein, auch dann, wenn die Parteien aus politischer Unzulänglichkeit heraus nicht in der Lage sind, diesem Volkswillen Ausdruck zu geben.

Für das Volk unerträglich und für eine solche politische Führung unmöglich aber muß jede Regierung sein, die gegen die sozialen Interessen des Gesamtvolkes handelt. Hier ist der Punkt gegeben, wo insbesondere die Arbeiterschaft zu den gegenwärtigen Geschehnissen ihre Stimme erheben und ihre Ansprüche stellen muß. Wir verlangen nicht mehr aber auch nicht weniger als wie die anderen Stände. Wir verlangen lediglich eine gleichwertige Behandlung in der Zubilligung der notwendigen Lebens- und Existenzmöglichkeiten, die ein Staat, der wirklich Volksstaat sein will, uns einräumen muß. Unter der Regierung von Papen aber sind diese Existenzmöglichkeiten in einer Weise geschmälert und die Rechte der Arbeiterschaft in einer Form eingeschränkt worden, die jener notwendigen gleichen und gerechten Behandlung der Arbeiterschaft widerspricht. Darum wird eine künftige Regierung, ob sie sich Mehrheitsregierung oder Präsidialkabinett nennt, an der Notwendigkeit nicht vorbeikönnen, diesen politischen Fehler der sozialen Ungerechtigkeit des Kabinetts von Papen wieder gut zu machen und der Arbeiterschaft die ihr zukommenden gleichen Volks- und Lebensrechte zurückzugeben. Das hat zur Voraussetzung, daß insbesondere jenes Notverordnungsrecht wieder gut gemacht wird, das Herr von Papen an der Arbeiterschaft begangen hat. Nur dann kann die Arbeiterschaft und damit der größte Teil unseres Volkes wieder Vertrauen zu einer Regierung fassen und sich, ganz gleich, wie diese Regierung heißen mag, hinter sie stellen.

Unglücklich wie jene Stellung zum Volke selbst, die so in seinen Worten und Taten zum Ausdruck kam, war auch das Bemühen Herrn von Papens um die Schaffung einer politischen Grundlage für seine Regierungstätigkeit und die Sicherung seiner „autoritären“ Stellung.

Um es vorweg zu sagen: Mit der von ihm gern betonten unbedingten Autorität seiner politischen Führung hatte jenes Bemühen um die Gunst einer mehr oder weniger großen Wählerschaft, die er hinter sich bringen wollte, wenig zu tun. Seine zunächst eingeschlagene Orientierung nach den Nationalsozialisten war kaum mehr als das Werben um billige Parteigungst. Des Unterschied, den er dabei selbst machte, indem er Koalitionsverhandlungen der Parteien „Süßmilchspiel“ nannte, zur gleichen Zeit aber selbst gleiche Verhandlungen führte bzw. anstrebte, ändert daran nichts. Nachdem jenes Bemühen um die Gunst der NSDAP. verachtlacht war, aber blieb eine

mehr die Hohlheit einer Phrase, die für sie nur Täuschung war. So mußte seine Position immer schwächer werden, bis der Rücktritt unvermeidlich wurde. Es mag schmerzlich sein für Herrn von Papen und jene, die an ihn und seinen guten Willen glaubten; das Volk weint Herrn von Papen keine Träne nach. Er kam nicht vom Volke und fand den Weg zum Volke nicht. Das war die Tragik seines Handelns und sein Schicksal.

Was Herr von Papen aber erfahren mußte, wird auch jeder nach ihm erfahren, der daraus keine Lehre zu ziehen weiß und keine Nutzenwendung findet. Das sollte Herr von Papen selbst, wenn die politische Woge ihn nochmals hochtragen sollte — so wie ihm aber auch seinen Nachfolgern, ganz gleich, woher sie kommen —, klar sein: Das deutsche Volk kann nicht gegen seinen eigenen Willen geführt werden. Eine solche Kanzlerschaft gegen den Willen des Volkes muß von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt sein.

Gutey — Mein, wir wollen den Gemeindefestigkeit festhalten, dann ihn vorzutragen in unsere Familie, Arbeiterinnen und Jugendgruppen und wissen dann, daß wir trotz unserer Erwerbslosigkeit vielen Menschen Sonne sein können.

Wochenendkursus der weiblichen Arbeitsgemeinschaft M. Gladbach

Am 8. und 9. Oktober veranstaltete die weibliche Arbeitsgemeinschaft M. Gladbach einen Wochenendkursus. Folgende Themen standen zur Verhandlung: 1. Die Entwicklung der Volkswirtschaft. 2. Die Gewerkschaft als Organ der Volkswirtschaft. Es beteiligten sich 16 Kolleginnen an dem Kursus. Der Referent, Kollege Jakob Gierlich, machte uns eingehend mit den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Grundlagen vertraut, wie Wirtschaft, Bedürfnisse, Güter, Volkswirtschaft, Wirtschaftskraft usw. In einem sehr interessanten Vortrag über die Volkswirtschaft wurde uns die Entwicklung durch Wert und Preis am besten verständlich gemacht. Von der Hauswirtschaft über die Volkswirtschaft und Volkswirtschaft, haben wir bald die vielen festlichen Verfeinerungen der Volkswirtschaft.

In der Aussprache über „Gewerkschaft als Organ der Volkswirtschaft“ lernten wir kennen die verschiedenen Faktoren, die die Volkswirtschaft beeinflussen, zwischen Kapital und Arbeit auszubalancieren bedürftigen. Die gewerkschaftlichen Fragen wurden zum Teil sehr lebhaft diskutiert.

In sehr ruhiger, gemeinsamer, enger Arbeit sind wir alle ein Stück weiter gebracht worden in der Erkenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge. Alle Teilnehmerinnen gingen mit dem besten Willen auseinander, für die Zukunft ihre ganze Kraft in den Dienst der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu stellen.

Hel. Göze.

Arbeiterinnenkursus in Königswinter

Vom 10. bis 22. Oktober fand im Wohnungshaus der christlichen Arbeiterinnen in Königswinter ein „Arbeiterinnenkursus“ statt. Dieser Kursus sollte schon im Frühjahr wie gewöhnlich stattfinden, aber es fehlte an genügend Teilnehmerinnen, weil die Kolleginnen in den Betrieben keine vier Wochen Urlaub bekamen. Der Gesamtverband, von dem der Kursus veranstaltet wurde, wollte jedoch dieses Jahr nicht verzagen lassen, ohne daß ein Arbeiterinnenkursus stattfand. Er erhob sich deshalb, einen im Herbst zu veranstalten, und zwar nur für zwei Wochen, in der Hoffnung, daß die Kolleginnen in den Betrieben eher frei bekommen. Nun, so war es auch.

Wir Teilnehmerinnen trafen uns am Abend des 10. Oktober in Königswinter in „Unser Haus“, am Teilnehmerinnen waren es, aus den verschiedensten Landesteilen, aus Süddeutschland bis hinauf ins schlesische Land und Preußen. Auch alle Altersklassen waren vertreten. Die größte Teilnehmerzahl stellte unser christlicher Arbeiterinnenverband mit 16 Kolleginnen aus den verschiedensten Gegenden.

Die Vormittagsvorlesung hielt Prof. Dr. Th. Brauer, beginnend und aufbauend mit dem Sinn und Ziel der gewerkschaftlichen Widerbewegung, der Arbeiterbewegung, wie sie entsteht, der Entwicklung der Gewerkschaften, der Grundbezüge und Elementarbestimmungen des Wirtschaftswirtschaftens, Volkswirtschaft, Sozialreform, Sozialpolitik usw. Den Nachmittagsummer richtete Frau Heimann, die vom Gesamtverband aus den Kursus leitete. Sie besprach mit uns die Fragenfragen und die Frauenarbeit, besonders auch unsere Mitarbeit in der Bewegung und sonst im Leben. Über die Jugendbewegung sprach die Kollegin Frau Heiler von der Zentrale in Düsseldorf an uns.

Der Kursus war so lehrreich, und wir alle, die wir teilnahmen, gingen mit ganz anderen Gedanken nach Haus. Wir lernten unseren Arbeitsstand kennen, schätzen und lieben. Nun liegt es an uns, die wir innerhalb unserer Bewegung mitwirken, daß wir dies auch den übrigen Kolleginnen klar machen und sie dazu anspornen, ein gleiches zu tun, damit aus unserer Bewegung tüchtige Kolleginnen heranwachsen. Das ist ja schließlich der Wunsch und das Ziel unserer Bewegung: Aus den Arbeiterinnen tüchtige, charaktervolle, selbstbewusste Menschen heranzubilden, die auch eintreten für ihre Sache und sie verteidigen. Wir, die wir im Kursus waren, hatten wenigstens das Gefühl, daß das bei den Kolleginnen eine der wichtigsten Aufgaben ist, und daß es hieran noch in manchen Orten und Gegenden fehlt.

— Doch nicht nur zu enger Arbeit waren wir gekommen, bei uns war auch Großmutter und Schwester, besonders an unseren Abschiedsreden. Auch wurde an den Abschied sehr viel gesprochen und neue Lieber geleitet, aber es ging hinaus in die schöne, herrliche Umgebung von Königswinter, besonders auch an den Rhein, um für ein paar Stunden wieder frischen Mut und Kraft zu holen für die weitere Arbeit. Denn für eine Arbeiterin, die sonst zu Hause den ganzen Tag an ihrer Maschine oder an ihrer Arbeit steht, macht es ein Anfang schon etwas Mühselig, das Stillstehen und Lernen und all die vielen Fremdwörter, die zu verstehen manieren, die einem sozusagen zu Beginn noch so viele sprachliche Dörfer vorkommen. Aber im großen und ganzen ging es sehr gut, es hatten sich bald alle daran gewöhnt, und es waren auch alle recht froh, viel zu hören und zu lernen, aber auch das Gelernte mit nach Hause zu nehmen, um es zu verwenden.

Zum Schluß aber noch ein Wort des Dankes den Lehrern und der Leiterin des Kursus für ihre Mühen und Arbeiten innerhalb der zwei Wochen unseres Reisens in Königswinter und nicht zuletzt auch dem Gesamtverband und unseren Verwandten und den Kolleginnen, die es uns ermöglichten, an diesem Kursus teilzunehmen.

Sollten wir zusehen und abwarten?

Wer die gegenwärtigen Verhältnisse im Wirtschaftswirtschaften mit Aufmerksamkeit verfolgt, der wird sich hier darüber setzen, daß gewisse Umformungen in der Wirtschaft sich vollziehen werden, notwendigerweise sich vollziehen müssen. Falsche Kapitalverwertung, eine verkehrte Verwertung und Vermögensverhältnisse an Verantwortungsgesellschaft dem Volkswirtschaft gegenüber, haben uns den wirtschaftlichen Ruin gebracht, unter dem heute Millionen deutscher Volksgenossen leiden. Auch die zunehmende Zerschlagung kann nicht allein als Ursache der Krise gelten, denn trotz des ungeheuren Liebesverlustes an Produktionskräften haben Millionen deutscher Volksgenossen nicht das Allernotwendigste an Nahrung und Kleidung. Als Frau, die mit diesen alltagsdinglichen Dingen eng verknüpft ist, sage ich mir: Es muß sich ein Weg finden, unsere Wirtschaft zu beleben, unserem deutschen Volk wieder Lebensfähigkeit und Wohlfühlensfreude zu geben.

Wie stehen nun wir Konsumgenossenschaftlerinnen zu diesen gewaltigen Verhältnissen im Wirtschaftswirtschaft? Wir müssen mehr als je auf unsere Selbsthilfe bauen. Die Genossenschaft ist ein Werk zur Erhaltung von der Privatkapitalwirtschaft. Die ältesten von uns werden sich der Gründe für die genossenschaftliche Selbsthilfe wohl erinnern. Wir bleiben lebendig im Gedächtnis die Verhältnisse meiner Kindertage. Die Not der kleinen Leute wurde von den Händlern mißbraucht, vor allem durch das System des Borgens. Fast der ganze Lohn des Familienwirts wanderte zum Krämer. Für die sonstigen Lebensbedürfnisse der Familie und zur Verbesserung des Hauses blieb nichts übrig.

Meint so soll es nicht mehr kommen! Da sind wir Frauen von der Konsumgenossenschaft mit dabei! Wir werden nicht zusehen und abwarten in dem Ringen um bessere Wirtschaftswirtschaft. Wir greifen mit in die Speichen, das Rad der Zeit zu drehen. Wir sind nicht Gegner des Mittelstandes. Auch der Stand hat Parteiberechtigung. Aber Ueberverteilung und einseitige Gewinnanhäufung, die lehren wir ab.

Diese Auswüchse in unserem Wirtschaftswirtschaften aber bekämpfen die Konsumgenossenschaft. Sie will vornehmlich die Frauenwelt dazu erziehen, „für ihre Kammlin erst das Notwendige, dann das Nützliche und zuletzt das vielleicht Entbehrliche zu kaufen.“

Durch eine lebendige Mitarbeit in der Konsumgenossenschaft, die da beständig am Werk ist in einer vernünftigen Warenwirtschaft, Mitwirkung bei der Preisgestaltung, durch reifliche Deutung unseres Bedarfs, kommen wir auf sicherem Wege dahin, das gemeinsame Leben zu heben, den Lebensstandard des kleinen Weibes anzuheben, Angefallenen und Arbeiter zu verbessern. Welch einen Segen bedeutet in den kommenden Monaten wieder die Mitwirkung für unsere Verbraucher. Nicht dieses doch wieder über die drückende Winternot hinweg. So ist die Konsumgenossenschaft wirksame Selbsthilfe. Sie lehrt die Gewinne in der richtigen Weise um das Volkswirtschaft zu fördern. Sie ist ein persönlicher Ausgleich zwischen Kapital und Arbeitskraft! Sie hat den Frauen der Konsumgenossenschaft die Möglichkeit gegeben.

Dr. G. G. G.

Herb und Spindel

Frauenblatt zur „Textilarbeiter-Zeitung“

1932

November

Nr. 9

Arbeiterin und Gewerkschaftsidee

Der Gedanke von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation ist längst nicht in dem Maße, wie man es gemeinhin annehmen könnte, Allgegenwärtig der erwerbstätigen Frau geworden. Eine Feststellung der Beschäftigungsziffern in den verschiedenen Gruppen (bezu. des Anteils der Frauen an den verschiedenen Beschäftigungsarten) mit den Organisationszahlen der Arbeiterinnen zeigt vielmehr noch ganz erhebliche Differenzen und beweist, daß in einzelnen Berufsgruppen noch ein erhebliches arbeiterloses Gebiet der Arbeiterinnen der gewerkschaftlichen Organisation fehlt. Man noch den Ort in den dieser Tatsache, so ist es notwendig, auf die gewerkschaftliche Entwicklung der Gewerkschaften und ihre Einflüsse auf die Arbeiterinnen ebenso wie auf die besondere Mentalität der Frau und ihre eigenartige Berufswahl zum anderen hinzuzusehen.

Es hängt mit der damaligen Stellung der Frau im öffentlichen Leben zusammen, daß verhältnismäßig wenig bei der Gründung der Gewerkschaften in den meisten Berufsgruppen das Augenmerk der gewerkschaftlichen Organisation sich zu nächst ausschließlich auf den männlichen Teil der Berufsgruppen erstreckte. Das hing zusammen auch mit dem ausgesprochenen Kampfscharakter der Gewerkschaften, dem natürlich die Organisation der Frauen weniger näher lag als die gewerkschaftliche Zusammenfassung der berufstätigen Frauen. In einer Anzahl von Berufsorganisationen wurde darüber hinaus aus sozialpolitischen Gründen bewußt die Fernhaltung der berufstätigen Frauen aus den Organisationen erstrebt, weil man aus einer rücksichtlosen Lohnpolitik und sozialen Ideologie in der rücksichtlosen Frau und Arbeiterin lediglich eine unerwünschte Konkurrenz des Mannes sah, hinter der die gemeinsamen Interessen zurücktraten.

Hingegen kamen jene Genossenschaftlerinnen, die in der Stellung und Mentalität der Frau selbst lagen. Der rasche Eintritt der Frau in das industrielle Erwerbsleben und die schnelle Zunahme der weiblichen Beschäftigten in Industrie und Gewerbe veranlaßten noch auf Jahre hinaus zunächst nicht, jene aus gesellschaft-



Die Mutter

Original-Zeichnung von M. Jungheim

selbst aber liegt ein weites Feld für die stärkere Zurückhaltung der Arbeiterinnen gegenüber der gewerkschaftlichen Organisation. Erfahren ungelernete aber angelernte bezw. Hilfsarbeiterinnen beschäftigen die gewerkschaftlichen Organisationen aber zeigen, daß gerade die Organisierung ungelerner Arbeiterkräfte wesentlich schwerer ist, als die Organisierung gelernter und mit ihrem Beruf durch Lehrzeit und Berufsausbildung viel fester verbundenen Arbeiterkräfte.

Endlich spielte natürlich für die stärkere Zurückhaltung der Arbeiterinnen auch ihr Doppelverhältnis von Arbeiterin und Hausfrau eine Rolle. Hier eine wesentliche Ursache insofern, als diese doppelte Berufsbelastung für die Wahrgabung gewerkschaftlicher Versammlungen und sonstiger Berufs-

Weltpolitik und Weltwirtschaft

(Aus dem Vortrage von Prof. Dr. Theodor Brauer auf dem 5. Kongreß des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften in Antwerpen.)

Zur erschöpfenden Schilderung dessen, was uns heute bedrängt, müßte man eigentlich weit in die Geschichte der abendländischen Menschheit zurückgehen. Die furchtbaren Schläge, die uns heute mit unheimlicher Schärfe treffen, gleichen den gewalttätigen Explosionen, die sich aus langer, übermäßiger Spannung ergeben. Insgesamt lagert über unserem Leben eine bedrückende und aufreizende Rätselhaftigkeit. In der Weltwirtschaft und in der Weltpolitik äußert sie sich in einem Mißtrauen, das nicht bloß die Völker gegeneinander kehrt, oder doch mindestens voneinander abkehrt, sondern auch die Angehörigen des einzelnen Volkes.

Unter solchem lastenden Druck bemühen sich die Völker einseitig vergebens, in die Lage auf dem Weltmarkt und in die Weltpolitik einen gewissen Beharrungszustand hineinzubringen. Ein Auf und Ab von oft normierenden Folgen ist das Kennzeichen der Zeit. Daher die verhängnisvollen Schwankungen, die das Gesamtgefüge der Weltwirtschaft und der Weltpolitik durch oft einander überstürzende Schläge bedrohen. Dazu drohen die Feuergefahren im Osten Asiens den Weltbrand aufs neue zu entzünden. Rußland wirft mit einem dämonischen Zynismus die revolutionäre Brandfackel in alle erreichbaren Teile der Welt. In den südamerikanischen Staaten reichen sich die Revolutionen und Putschs sozusagen die Hände, weil die Weltagrarkrise nicht bloß das wirtschaftliche Leben darniederwirft, sondern zugleich das Staatsgefüge auseinanderzureißen droht.

In den abendländischen Staaten selbst ist es die Arbeitslosigkeit, die äußerlich sichtbarste und aufreizendste Folge der Störungen des weltwirtschaftlichen Gleichgewichts, die nicht bloß Not und Elend in unabsehbarer Folge hinter sich herschleppt. Der Radikalismus entzündet sich an den wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, greift aber tief in das seelische Leben der Menschheit hinein. Insbesondere ist die Jugend zu einer herzergreifenden Verkümmern verurteilt. Auf die Dauer kann sich kein Land und kein Volk vor diesen Erschütterungen völlig bewahren. Man sieht förmlich, wie die Krise in all ihren verheerenden Ausprägungen ein Volk und ein Land nach dem anderen in ihre Fänge schlägt.

Wissenschaft und Praxis stehen in vielem den Dingen ohnmächtig gegenüber. Wo der Nationalökonom mit seinen Mitteln vielleicht zu Rande kommen würde, wird er durch die Politik gestört. Wirtschaft und Politik setzen, namentlich im Weltzusammenhang, Vertrauen voraus. Dagegen ist allgemeines Mißtrauen das Kennzeichen der Lage und Zeit. Durch dieses Mißtrauen wird der Kredit, das vornehmste Instrument des Weltmarktes, auf das empfindlichste gestört. Vergeblich bemühen sich selbst bedeutende Zentralbanken, in großen Staaten durch ihre Zinspolitik die Gesamtlage wieder einigermaßen ins Gleichgewicht zu bringen. Auch die stärksten internationalen Preis- und Produktionskartelle haben es bisher nicht vermocht, irgendwie krisenmildernd zu wirken. Noch weniger kann aber der in übermäßiger Verbildung beschrittene Weg des verstärkten Lohndrucks zu einer Verminderung oder Beseitigung der Krisenlast führen. Christliche Gewerkschaftsauffassung wird immer zugeben, daß Preisstürze auf der ganzen Linie auch den Rückgang der Löhne zur Folge haben, vorausgesetzt, daß dabei die reale Kaufkraft des Lohnes nicht schwindet. Die Erhaltung der Arbeitskraft auf ihrer mühsam erreichten Standhöhe setzt eine anständige und kulturwürdige Lebenshaltung der arbeitenden Menschen voraus.

Ihrer grundsätzlichen Einstellung gemäß wird die christliche Arbeiterschaft an der Überwindung des grundsätzlichen Mißtrauens in der ganzen Welt in jeder Weise kraftvoll mitarbeiten müssen. Das Mißtrauen muß abgebaut werden, nicht zuletzt auch im Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Das von den christlichen Gewerkschaften angestrebte System einer vernünftigen Arbeitskorporation kann nicht aus der Hand des Staates genommen werden, sondern es muß ein Instrument wahrer und wirklicher Selbstverwaltung sein. Es wird notwendig sein, daß der Bund der christlichen Gewerkschaften nach dieser Seite richtunggebend auftritt. Die nationalen Gruppen und Organisationen der christlichen Gewerkschaften müssen dafür eintreten, daß die verbissene Abschließung der Völker durch immer schärfer werdende Zollgrenzen und handelspolitische Schikanen aufhört. Die korruptierende Subventionspolitik muß einer großzügigen Wirtschaftspolitik Platz machen. Seit es eine Volkswirtschaftslehre gibt, steht die Erkenntnis fest, daß der Wohlstand des einen von dem Wohlstand aller anderen abhängig ist. Neue Gewerbe und Industrien soll man schützen, aber das darf nicht zur künstlichen Hochzucht ausarten, die immer nur auf Kosten und zu Lasten der breiten Schichten des Volkes erfolgen wird. Hier liegt ein Aufgabengebiet der Fachinternationalen, die sich immer wieder verständigen und genau umschriebene Verpflichtungen für die einzelnen nationalen Gruppen festlegen müssen. Eine Zusammenarbeit mit dem Völkerbund und dem Internationalen Arbeitsamt ist notwendig, weil hier das Material zusammenkommt, das als Unterlage für die Aussprachen der Fachinternationalen dienen muß.

Eine Fülle weiterer Aufgaben ergibt sich sodann aus der Regelung der Reparationsfrage sowie der Frage nach der Kriegsschuld. Diese Frage wird immer mehr zum Prüfstein für die Gestimmung der Völker und der Menschen. Hier kommt das grundsätzliche Mißtrauen zur stärksten Zuspitzung. Hier finden geistige Haltungen wie politisches und wirtschaftliches Wollen ihren stärksten Niederschlag. Aus solcher Erkenntnis sind die Augen der Welt auf jene Stellen gerichtet, denen man die Verpflichtung auferlegt hat, nach einer gedeihlichen Lösung zu suchen. Eine Reihe von Völkern ist ja in ihrem Wohl und Wehe mit der Lösung der Reparationsfrage auf Gedeih und Verderb verbunden.

Unter solchen Umständen kann die international vereinigte christliche Arbeiterschaft vor diesem größten aller Probleme der heutigen Zeit nicht ausweichen. Von ihrem

Mehrstuhlssystem in England

Das letzte Vierteljahr hat der englischen Baumwollindustrie nur Auseinandersetzungen gebracht. Und schon wieder sitzen in Manchester die Unternehmer und Arbeiter zusammen, um über die Bedingungen eines Tarifvertrages für das Mehrstuhlssystem in der Baumwollweberei zu beraten. Seit drei Jahren wird dieses System in einzelnen Fabriken, besonders in der Gegend von Burnley, durchgeführt. Aber alle Versuche, ein Abkommen über die Arbeitsbedingungen zu schließen, sind gescheitert. Jetzt hat das englische Arbeitsministerium seine Hilfe angeboten, und die Verhandlungen finden unter der Mithilfe eines leitenden Beamten dieses Ministeriums statt.

Es wird auch langsam einmal Zeit, daß wieder geordnete Verhältnisse in diese Industrie einkehren. Die „Baumwollkönigin“, wie sich Manchester mit Stolz vor dem Kriege nannte, ist zwar schon lange entthront, auch besteht kaum Aussicht, daß sie ihren Thron einmal wieder besteigen wird, vielmehr muß sie mit aller Macht kämpfen, wenn sie ihren Stand behaupten will. Und der Kampf, der hier von der englischen Baumwollindustrie gekämpft wird, ist zum guten Teil ein Kampf der ganzen europäischen Baumwollindustrie, denn er richtet sich gegen die vordringende asiatische Baumwollindustrie, der die billige Arbeitskraft des farbigen Menschen zu gute kommt. Unter solchen Verhältnissen gute Arbeitsbedingungen für die Arbeiter durchzusetzen, ist keine leichte Aufgabe, und der Ernst und die Fähigkeit, mit der von beiden Seiten die Lohnverhandlungen geführt werden, geben ein eindrucksvolles Bild der Notlage. Man muß es miterlebt haben, wie in Manchester 60 Vertreter der Unternehmer und Arbeitnehmer zehn Tage lang um einen neuen Tarifvertrag verhandelt haben. Es war schon kein Verhandeln mehr, sondern ein Kämpfen um jede Position. Nachdem die Unternehmer einen Lohnabbau von 27 Prozent gefordert hatten und die Gewerkschaften bereit waren, ihren Mitgliedern einen Abbau von 12,5 Prozent vorzuschlagen, wurde sieben Tage lang, unter der Unterführung von drei höheren Beamten des Arbeitsministeriums, um die Ueberbrückung dieser Spanne gekämpft. Oft 17 Stunden am Tage gingen ohne Unterlaß die Verhandlungen, und manchmal rechneten beide Teile mit dem ergebnislosen Abbruch. Alle Mittel der Verhandlungstaktik wurden von beiden Seiten angewandt, und schließlich einigte man sich, unter dem gelinden Druck des Arbeitsministeriums, auf eine Kürzung von 16,5 Prozent.

Ein interessanter Gegenfall: Das große Hotel mit seinen Festen und Bällen, wo Frack und Abendkleid die herrlichen Festfeste füllten, und dann nur ein Stockwerk darüber, die Männer der Baumwollindustrie, die Unternehmers und Gewerkschaftler, in ihren ersten Verhandlungen, deren Ergebnis den Inhalt des Brotkorbes von 160 000 Spinnern bestimmte. Nur in England ist ein solcher Gegenfall möglich, und doch zeigt er dem neutralen Betrachter die wirkliche Lage der Industrie eindringlicher und deutlicher, als es noch so viele Statistiken für können. Und als die Verhandlungen vorüber waren und alles mit einem hörbaren Aufatmen auseinanderging, die Vertreter des Ministeriums die wohlverdienten Lobspprüche der Öffentlichkeit und ihres Ministers erhalten hatten, da meigten sich die Arbeiter, den Abschluß anzuerkennen. Es kam zum Streik, aber nur für eine Woche, denn die Streikabschlusssumme, die in der Zwischenzeit in den Betrieben lief, brachte nicht die für eine Fortsetzung notwendige Mehrheit. Fast hätte, trotz all der Verhandlungen, ein neuer, wochenlanger Streik gedroht, der erst vor wenigen Wochen die Baumwollweberei heimgesucht und dort einen Schaden an entgangenen Löhnen und Gewinnen von fast 180 Millionen Mark verursacht hatte.

Und jetzt sieht man wieder zusammen. Auch diese Verhandlungen werden nicht in wenigen Tagen abgeschlossen sein, wenn sie überhaupt mit einem guten Ergebnis enden. Dafür ist die Frage viel zu schwierig, und auch die Erfahrungen sind noch nicht vollständig genug.

In Burnley, wo mit Zustimmung der Gewerkschaften vor drei Jahren in einigen Betrieben das Mehrstuhlssystem eingeführt wurde, habe ich mir einige Betriebe angesehen. Es war nicht ganz einfach, denn in den sozial so sehr gespannten Zeiten, wie sie gerade in diesem Teil der Industrie herrschen, sieht man nicht gern Besucher. Im Bezirk Burnley stehen 107 000 Mehrstühle, davon in Burnley selbst 86 000. Von diesen 86 000 Stühlen sind 30 000 auf das Achtstuhlssystem pro Weber umgestellt. Und das erste Ergebnis war, daß 2500 Weber arbeitslos wurden. In einer mittleren Baumwollweberei mit 1250 Stühlen, die ich besichtigen durfte, wurden im Mehrstuhlssystem 318 Weber beschäftigt. Nach der Umstellung auf das Acht-

stuhlssystem genügten 219 Weber, die anderen wurden arbeitslos. Aber nicht nur in der Zahl der Belegschaft trat eine Veränderung ein, sondern auch in der Zusammensetzung. Beim Mehrstuhlssystem wurden 107 Weber und 200 Weberinnen sowie 11 Lehrlinge (mit je zwei Stühlen) beschäftigt. Die Umstellung ging nun fast vollständig auf Kosten der Weberinnen. Jetzt, beim Achtstuhlssystem, zählte die Belegschaft wie folgt zusammen: 101 Weber, 49 Weberinnen, 1 Lehrling mit sechs Stühlen, 11 Lehrlinge mit je vier Stühlen, 25 Frauen für Reinigen und Zeilen der Maschinen, 25 Frauen für das Anschlagen und 7 Männer für das Abschlagen. Dies ist das Ergebnis für die Arbeitnehmer. Das wirtschaftliche Ergebnis für den Unternehmer sieht wie folgt aus: Die Leistung des einzelnen Webers steigt, bei einer gleichzeitigen Senkung der Produktion des einzelnen Stuhles. Darum sinken zwar auch die Lohnkosten zwischen 20 und 30 Prozent, während die gesamten Unkosten sich nur um 2-7 Proz. verringern. Fast man das Gesamtergebnis nun in einem Satz zusammen, wie es sich für Arbeitgeber und Arbeitnehmer ergibt, dann macht die Einführung in einem Betrieb ein Drittel der Belegschaft arbeitslos, bei einer Senkung der Lohnkosten von durchschnittlich 5 Prozent.

Noch sind die Berichte mit dem Mehrstuhlssystem nicht abgeschlossen und schon bereitet sich ein neuer Anlaß zu ersten Auseinandersetzungen vor. Von den rund 800 000 Mehrstühlen in ganz Lancashire sind erst 5 Prozent „automatische Stühle“. Die Vergleichsziffern für Deutschland lauten 10 Prozent, für Italien 15 Prozent und für die Vereinigten Staaten von Nordamerika 70 Prozent. Diese Zahlen bekommt man überall zu hören. Sie werden von den Engländern als Beleg für eine schlechte Ausrüstung ihrer Industrie gewertet. Von allen anderen Fragen einmal abgesehen, ist es ganz selbstverständlich, daß der „automatische Stuhl“ die Arbeitslosigkeit weiter vermehren muß. Nun sind heute schon 40 Prozent der Weber ohne Arbeit, und selbst in dem guten Jahre der Hochkonjunktur 1929 waren 9 Prozent der Arbeitnehmer der Baumwollindustrie ohne Beschäftigung. Und darum enden alle Betrachtungen mit der seit verzweifelter Feststellung, daß es der Industrie wohl nie mehr gelingen wird, ihren ehemaligen Arbeitnehmern Brot zu geben. Die Unwissenheit von Manchester hat nach sehr sorgfältigen Untersuchungen errechnet, daß selbst in den besten Jahren 66 000 Arbeitnehmer und ein Drittel aller Spindeln und Webstühle keine Beschäftigung erhalten werden. Die Arbeitslosigkeit in der Baumwollindustrie ist vornehmlich eine Arbeitslosigkeit der Frau. Der „Leberstich“ besteht aus 44 000 Frauen und 22 000 Männern. Und es kennzeichnet wieder die verzweifelte soziale Lage, daß es sich hierbei fast ausschließlich um verheiratete Frauen handelt. Von den arbeitslosen Frauen aus der Baumwollindustrie in diesen Tagen sind 28 Prozent verheiratet. Diese Zahlen erzählen mehr von der Not der Familien in den kleinen Dörfern der Weber und Spinner, als noch so eingehende und anschauliche Schilderungen.

Die wirtschaftliche Zukunft der englischen Baumwollindustrie sieht also nicht gerade günstig aus. Für die Bevölkerung des Wirtschaftsbezirkes Lancashire, in dem die Baumwollindustrie zusammengeballt ist, werden erste und harte Jahre kommen. Diese Jahre werden auch schwere soziale Kämpfe sehen, und nur unter großen wirtschaftlichen und sozialen Erschütterungen wird der Stand der Industrie wieder auf einer anderen Ebene einpielen. Erschwert wird dieses Einspielen durch das Fehlen jeder Möglichkeit des Ausweichens in andere Industrien oder gar Wirtschaftsbezirke. Denn auch am Webstuhl von Lancashire wird auch in besten Jahren ein Leberstich von 20 000 Bergarbeitern und in der Maschinenindustrie von 15 000 Arbeitern bestehen. Mit der Fähigkeit, die dem Mann von Lancashire eigen ist, wird er sich gegen eine solche Entwicklung anstemmen, und es wird ein schwerer Kampf um den Weltmarkt entbrennen. In Ottawa hat sich die englische Industrie einen Vorprung vor allen anderen Konkurrenten in dem großen Kolonialbereich, dem Empire, gesichert. Die Baumwollindustrie ist mit den Ergebnissen nicht zufrieden, und wenn man den neuen Zolltarif durchläßt, dann muß man ihr recht geben. Gegen die Baumwollzeugnisse Englands haben sich die einzelnen Kolonien abgeschlossen, denn in den letzten Jahren haben sie selbst eine eigene Baumwollindustrie aufgebaut. Das alles zusammengekommen, zwingt zu dem Ergebnis, daß die englische Baumwollkönigin ihren Thron nicht mehr besteigen wird.

Schn.-Edm.

Standpunkt aus ist eine restlose Lösung des Reparationsproblems und der Kriegsschuldenfrage die Voraussetzung für die Wiederherstellung einer erträglichen weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Lage überhaupt. Da die Zahlung der Reparationen und Kriegsschulden keinem Volke nützt, aber allen schadet, so müssen diese Verpflichtungen aus wirtschaftlichen Gründen wegfallen. Wirtschaftlich liegen die Dinge also so klar, daß kein Mensch sich ihnen und ihrer Logik entziehen kann.

Aber auch politisch steht fest, daß ohne eine restlose Lösung des Reparationsproblems die Welt aus den qualenden Schwierigkeiten nicht herauskommen kann. Der Vorwurf, daß das deutsche Nein gegen weitere Reparationszahlungen ein Bruch der Youngplan-Verpflichtungen sei, verstummt immer mehr. Die höhere Gewalt zwingt zu diesem Nein. Vertragsbruch kann also nicht in Frage kommen. Wir stehen als deutsche Staatsbürger christlicher Grundeinstellung unter dem Druck der furchtbaren Ueberzeugung, daß unser Volk beim Weiterbestehen dieser Verpflichtungen einer Katastrophe förmlich zugehörnt wird. Und anderen Völkern neben uns geht es nicht anders.

Wenn die Regierungen versagen, müssen die Völker selbst sprechen. Die Welt kann sich auf die Dauer dem Ruf einer international verbundenen christlichen Arbeiterschaft nicht verschließen.

Der Kongreß der christl. Gewerkschaften gegen Autarkiestrebungen

Der Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Düsseldorf faßte zur Frage der Außenhandelspolitik folgende Entschließung:

Rund 70 Prozent der Bevölkerung erwerben den Lebensunterhalt in Industrie, Handel und Gewerbe. Deutschlands Wirtschaft ist mithin auf den Warenaustausch mit anderen Ländern angewiesen.

Alle Bestrebungen, die sich in einseitiger Weise auf die Pflege des Binnenmarktes beschränken und den deutschen Außenhandel zum weiteren Einschumpfen bringen, sind abzulehnen. Sie werden eine weitere starke Vermehrung der Arbeitslosigkeit in Industrie, Handel und Gewerbe nach sich ziehen.

Der 13. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands lehnt jede Agrarpolitik ab, die den Lebensraum und die Existenzmöglichkeit der Arbeiter weiter einschränkt. Der Kongreß warnt die Reichsregierung, ihre Wirtschaftspolitik von einseitigen Interessen leiten zu lassen. Die Arbeiterschaft ist nicht gewillt, ihren ohnehin schon unerträglich herabgedrückten Lebensstand noch durch überhöhte Lebensmittelpreise und Nahrungsmittelbesteuerungen weiter verschlechtern zu lassen.

